

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 21.05.2007, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 10.05.2007

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.04.2007**
- TOP 4 2. Änderung Bebauungsplan 33 B - Gewerbegebiet Neusüdende (Klein Feldhus)
Vorlage: 2007/076**
- TOP 5 Änderung mehrerer Bebauungspläne entlang der Oldenburger Straße im Ortsteil Wahnbek (Sammeländerung OD Wahnbek)
Vorlage: 2007/077**
- TOP 6 Antrag des CDU Gemeindeverbandes auf Erstellung eines Wohnmobilstellplatzes mit Ver- und Entsorgung auf dem Marktplatz
Vorlage: 2007/068**
- TOP 7 Ausbau des Meenheitsweges von der Wilhelmshavener Straße bis zur Einmündung Schlehenweg
Vorlage: 2007/099**
- TOP 8 Pflasterprogramm "Glatte Gehwege"
Vorlage: 2007/089**

TOP 9 Schließung der Sitzung

**Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/076

freigegeben am 24.03.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 24.03.2007

2. Änderung Bebauungsplan 33 B - Gewerbegebiet Neusüdende (Klein Feldhus)

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.05.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.06.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33 b - Gewerbegebiet Neusüdende wird beschlossen.
2. Auf dieser Grundlage wird die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 30.01.2007 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belangen beschlossen. Diese Beteiligung erfolgte zwischen dem 13.02.07 und 13.03.2007.

Folgende wesentliche Anregungen wurden dabei abgegeben:

1. Der Landkreis Ammerland hat einen Nachweis darüber gefordert, dass die Fledermausvorkommen auf dem Betriebsgelände der Firma Invento artenschutzrechtlich nicht beeinträchtigt werden.

Die Verwaltung hat in einem zusätzlichen Gutachten die Artenschutzverträglichkeit nachgewiesen. Dieser Nachweis wurde zwischenzeitlich vom Landkreis anerkannt.

2. Der Landkreis und die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr fordern, dass auf dem betroffenen Streckenabschnitt der Oldenburger Straße bauliche Maßnahmen (z. B. Anlage einer Hochbordanlage, Installierung einer Beleuchtung, Errichtung einer Querungshilfe in Höhe der Einmündung Brombeerweg) seitens der Gemeinde durchgeführt werden müssen, um den Eindruck einer geschlossenen Ortschaft zu erzeugen. Dies sei Voraussetzung für die Genehmigung einer verlängerten Ortsdurchfahrt.

Die Verwaltung schlägt aus mehreren Gründen vor, dieser Forderung nicht nachzukommen. Die genaue Begründung dieses Abwägungsvorschlages ist der Anlage 1 zu entnehmen.

Gegenüber der ersten Plandarstellung wurde der Geltungsbereich des Planverfahrens nunmehr um einen zweiten Teilbereich ergänzt, der die Zufahrtssituation zum Möbelmarkt genauer regelt. Dazu bleibt das Zu- und Abfahrtsverbot entlang der Oldenburger Straße mit Ausnahme einer zulässigen Einfahrt am nördlichen Rand dieses Betriebsgrundstückes erhalten. Aufgrund der Lage des Zufahrtsbereiches ist zum einen die Erschließung des Grundstückes gesichert und zum anderen können ungewollte Schleichverkehre von der Oldenburger Straße über den Parkplatz in das Gewerbegebiet hinein weitestgehend ausgeschlossen werden.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 22.01.07 VA 30.01.07	Entfiel, da das beschleunigte Verfahren nach § 13a BauGB angewendet wurde.	13.02.07.-13.03.07 erneute Beteiligung erforderlich.	Ratssitzung am 11.07.2005

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Planzeichenerklärung
4. Textliche Festsetzungen

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/077

freigegeben am 24.03.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 10.04.2007

Änderung mehrerer Bebauungspläne entlang der Oldenburger Straße im Ortsteil Wahnbek (Sammeländerung OD Wahnbek)

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.05.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.06.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	10.07.2007	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. §§ 13 Abs. 2, 3 Abs. 2 sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 30.04.2007 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Sammeländerung der Bebauungspläne Nr. 33a, 34, 68 a und des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 für Teilbereiche entlang der Kreisstraße 131 (Oldenburger Straße) im Ortsteil Wahnbek nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 06.01.2007 (Beschlussvorlagen Nr. 2006/172) ist die öffentliche Auslegung durchgeführt worden. Außerdem hat auch die Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange bis zum 07.03.2007 stattgefunden.

Als wesentliche Anregung wurde seitens des Landkreises und der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gefordert, dass auf dem betroffenen Streckenabschnitt der Oldenburger Straße bauliche Maßnahmen (z. B. Anlage einer Hochbordanlage, Installierung einer Beleuchtung, Errichtung einer Querungshilfe in Höhe der Einmündung Brombeerweg) seitens der Gemeinde durchgeführt werden müssen, um den Eindruck einer geschlossenen Ortschaft zu erzeugen. Dies sei Voraussetzung für die Genehmigung einer verlängerten Ortsdurchfahrt.

Die Verwaltung schlägt aus mehreren Gründen vor, dieser Forderung nicht nachzukommen.
Die genaue Begründung dieses Abwägungsvorschlages ist der Anlage 1 zu entnehmen.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 04.12.06 VA 06.01.07	Entfiel	13.02.07.-13.03.07	Ratssitzung am 11.07.2005

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Satzungstext mit Übersichtskarte

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/068

freigegeben am 15.03.2007

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 15.03.2007

Antrag des CDU Gemeindeverbandes auf Erstellung eines Wohnmobilstellplatzes mit Ver- und Entsorgung auf dem Marktplatz

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.05.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.06.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Auf die Schaffung von Wohnmobilstellplätzen auf dem Marktplatz wird verzichtet.

Die Verwaltung wird beauftragt, Kostenalternativen für die Veränderung auf vorhandenen Stellplätzen auf dem Parkplatz Mühlenstraße / Ecke Eichendorffstraße bzw. die Fläche Bauernmuseum vorzulegen.

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 02.02.07 hat der CDU Gemeindeverband Rastede beantragt, die Gemeindeverwaltung möge prüfen, ob auf dem Marktplatz eine Stellplatzmöglichkeit für Wohnmobile mit einer Ver- und Entsorgungsstation geschaffen werden kann.

Die Begründung kann dem als Anlage beigefügten Antrag entnommen werden.

Seitens der Verwaltung wurde eine Prüfung folgender Bereiche vorgenommen:

- Welchen Wirtschaftsfaktor stellen Wohnmobilstellen für die Gemeinde Rastede dar?
- Welcher Bedarf besteht insgesamt an Wohnmobilstellplätzen in der Gemeinde Rastede?
- Welche rechtlichen und technischen Anforderungen werden an Wohnmobilstellplätze gestellt?
- Welche Kapazitäten mit welcher Ausstattung sind bereits in der Gemeinde Rastede vorhanden?
- Gibt es konkrete Nachfragen für Wohnmobilstellplätze auf dem Marktplatz?
- Reichen die vorhandenen Flächen des Marktplatzes aus, um dort Wohnmobilstellplätze zu realisieren?

Welchen Wirtschaftsfaktor stellen Wohnmobilisten für die Gemeinde Rastede dar?

Der Deutsche Tourismusverband e.V. (DTV) hat eine Grundlagenuntersuchung vorgenommen und eine umfassende Darstellung des ökonomischen Stellenwertes des Campingtourismus in Deutschland erarbeitet. Ohne Fahrzeuge auf Dauerstellplätzen wird insgesamt von einem Bestand von 620.000 Caravans und 440.000 Reisemobilen in Deutschland ausgegangen. Der DTV hat insgesamt 148,5 Millionen Übernachtungen jährlich von Campinggästen in Deutschland errechnet. Davon sollen 11,7 Millionen Übernachtungen mit Reisemobilen außerhalb von Campingplätzen und 14,7 Millionen auf Tagesreisen (vom Wohnort) mit Reisemobilen entfallen. Der DTV führt weiterhin aus, dass pro Kopf und Tag 37,20 € bei Reisemobilisten außerhalb von Campingplätzen umgesetzt werden (das beinhaltet aber auch die Fahrzeugkosten). Aussagen über regionale Verteilungen, touristische Schwerpunktgebiete oder die Auslastung einzelner Anlagen werden nicht getroffen.

In der Gemeinde Rastede werden die Nutzer der unentgeltlichen Stellflächen auf dem Parkplatz Mühlenstraße / Ecke Eichendorfstraße statistisch nicht erfasst. Die Verwaltung schätzt, dass außerhalb von Großveranstaltungen in den Sommermonaten täglich zwei bis vier Fahrzeuge die vorhandenen Stellplätze nutzen. Wirtschaftlich dürfte somit dieses touristische Segment für die Gemeinde Rastede nur eine untergeordnete Rolle spielen. Fraglich bleibt auch, ob durch die Schaffung einer geringen Anzahl moderner oder zusätzlicher Stellplätze die Frequentierung wesentlich gesteigert und dadurch ein spürbares Wirtschaftspotenzial erschlossen werden könnte.

Welcher Bedarf besteht insgesamt an Wohnmobilstellplätzen in der Gemeinde Rastede?

Wie bereits ausgeführt, gibt es Grundlagenuntersuchungen, die sich mit dem Wirtschaftsfaktor Campingtourismus in Deutschland auseinandersetzen; ob und in welchem Umfang allerdings ein Bedarf in einzelnen Regionen oder sogar Orten besteht, wurde nach Kenntnis der Verwaltung bisher nicht untersucht. Ob eine verbesserte Infrastruktur für Wohnmobilisten automatisch zu einer höheren Frequentierung der Gemeinde Rastede führen würde, bleibt somit rein spekulativ. Nach Kenntnis der Verwaltung wird allerdings das vorhandene Potenzial (sh. Kapazitäten) nicht voll ausgeschöpft.

Welche rechtlichen und technischen Anforderungen werden an Wohnmobilstellplätze gestellt?

Zunächst ist auszuführen, dass das Halten und Parken von Wohnmobilen, Caravan und Gespannen im öffentlichen Straßenverkehr dort erlaubt ist, wo es nach der Straßenverkehrsordnung oder anderen Zeichen nicht ausdrücklich verboten ist. Beim Parken darf die Campingausrüstung im Fahrzeug genutzt werden. Campingähnliches Leben, wie das Herausstellen von Tischen und Stühlen, gilt als verkehrsfremd und darf beim Parken und Übernachten nicht stattfinden. Eine einmalige Zwischenübernachtung zur Wiederherstellung der Fahrtüchtigkeit ist auf Parkplätzen grundsätzlich zulässig.

Rechtlich gesehen sind Wohnmobilstellplätze bauliche Anlagen, die der Genehmigung durch die jeweils zuständige Baubehörde bedürfen. Bei der Schaffung entsprechender Anlagen sind somit Fragen der allgemeinen Gestaltung, des Umweltschutzes, des Brandschutzes, Unfallverhütungsvorschriften, die Sicherheit und Ordnung, Hygienevorschriften und die Vorschriften für mobilitätsbeschränkte Menschen zu beachten.

Der Deutsche Tourismusverband (DTV) empfiehlt außerdem eine Standplatzmindestgröße pro Fahrzeug von 5m x 10m (50m²). Außerdem führt der DTV aus, dass die Lage einer Anlage wesentlich die Akzeptanz seitens der mobilen Gäste beeinflusst. Eine attraktive Lage und Anbindung wird gekennzeichnet durch eine ruhige Lage, Natur- und Wassernähe, Innenstadt- und Zentrumsnähe, Nähe zu Sehenswürdigkeiten und touristischen Attraktionen, komfortable

Erreichbarkeit über Hauptverkehrsstraßen, gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, Anschluss an Rad-, Wasser- und Wanderwegenetze und kurze Fußwege zu allen touristischen Angeboten.

Welche Kapazitäten mit welcher Ausstattung sind bereits in der Gemeinde Rastede vorhanden?

Aktuell gibt es für Wohnmobilisten drei Möglichkeiten Stellplätze in der Gemeinde Rastede zu nutzen.

Die erste Möglichkeit besteht in der kostenpflichtigen Inanspruchnahme des Campingplatzes „Am Naturbad“ in Hahn. Dort stehen ca. 12 Durchgangsplätze zur Verfügung. Diese Plätze verfügen über die beste technische Ausstattung im Gemeindegebiet. Jeder Stellplatz ist mit einer Strom-, Wasser- und Abwasserversorgung ausgestattet. Daneben gibt es eine Entsorgungsstation (die auch von Fahrzeugen genutzt werden kann, die nicht in Hahn übernachten wollen) und die Sanitär- und Sozialeinrichtungen des Campingplatzes. Dieser Platz entspricht in vollem Umfang den vom DTV empfohlenen Ausstattungs- und Lagemerkmalen einer modernen Anlage mit der Ausnahme, dass keine Innenstadt- und Zentrumsnähe besteht.

Die zweite Möglichkeit besteht in der Nutzung des Parkplatzes Mühlenstraße / Ecke Eichendorffstraße hinter dem Altenwohncentrum. Da es sich um einen regulären Parkplatz handelt, wurde hier die Aufenthaltsdauer auf einen Tag beschränkt. Der vorhandene Platz reicht für 5 bis 10 Wohnmobile aus, soweit keine besonderen Anforderungen an den Standort gestellt werden. Während Großveranstaltungen kann es passieren, dass sich der Wohnmobilstellplatz zwischen parkenden Autos wieder findet, dafür ist die Nutzung aber kostenlos. Einen Ver- oder Entsorgungspunkt gibt es derzeit nicht. In den Sommermonaten können die Sanitäreinrichtungen des Freibades genutzt werden. Die ruhige Lage des Platzes und die Nähe zum Zentrum und/oder anderer Einrichtungen der Gemeinde spricht für den Erhalt des Platzes.

Die dritte Möglichkeit besteht in der Nutzung der privat vom Bauernmuseum zur Verfügung gestellten Flächen an der Raiffeisenstraße. Es werden ca. 6 bis 7 Stellplätze angeboten. Die Aufenthaltsdauer ist nicht beschränkt. Pro Tag fällt eine Gebühr in Höhe von 5,-- EUR an. Für die Inanspruchnahme von Strom und Wasser wird zusätzlich 1,-- EUR erhoben. Einfache Dusch- und Sanitäreinrichtungen sind vorhanden. Eine Entsorgungsmöglichkeit für Fäkalien besteht nach Aussage des Betreibers ebenfalls.

Gibt es konkrete Nachfragen für Wohnmobilstellplätze auf dem Marktplatz?

Die Residenzort Rastede GmbH führt hierzu aus, dass sie bereits häufiger von Wohnmobilstellplatzbesuchern auf die schlechte Versorgung mit zentrumsnahen Wohnmobilstellplätzen angesprochen wurde. Insbesondere die Ausstattung der Anlage Mühlenstraße / Ecke Eichendorffstraße wurde bemängelt. Angesprochen wurde auch, dass offensichtlich bei der Nutzung der Stellflächen des Bauernmuseums eine gewisse Hemmschwelle besteht, da es sich um einen relativ versteckten Platz auf einer Privatanlage handelt. Als entscheidender Nachteil der Anlage in Hahn wurde die große Entfernung zum Zentrum genannt. Konkrete Anfragen von Wohnmobilstellplatzbesuchern bezüglich eines Angebotes an Stellflächen auf dem Marktplatz wurden bisher nicht an die GmbH herangetragen.

Reichen die vorhandenen Flächen des Markplatzes aus, um auf dem Marktplatz Wohnmobilstellplätze zu realisieren?

Die Frage, ob die vorhandenen Flächen des Markplatzes ausreichen, um Wohnmobilstellplätze zu schaffen, lässt sich an dieser Stelle nicht klären, sondern bedürfte eines konkreten Planungsauftrages zur abschließenden Klärung.

Seitens der Residenzort Rastede GmbH wird diesbezüglich vorgeschlagen, die vorhandene Grünfläche zwischen der Kleibroker Straße und der gepflasterten Fläche des Marktplatzes zu nutzen und eine Zufahrt über die Kleibroker Straße zu realisieren. Wie bereits ausgeführt, spricht sich der DTV für eine Mindestgröße von 50m² pro Stellplatz aus. Fraglich wäre es somit, ob sich an dem von der GmbH vorgeschlagenen Standort überhaupt eine angemessene Zahl von Stellplätzen realisieren lässt. Eine Reduzierung der vorhandenen Parkplätze erscheint im Hinblick auf Markttage und/oder sonstige Veranstaltungen problematisch.

Fazit:

Aus Sicht der Verwaltung ist es schwer einzuschätzen, ob eine Verbesserung und/oder Erweiterung von Wohnmobilstellplätzen automatisch zu einem anderen Nutzerverhalten mit entsprechenden ökonomischen Wirkungen führen würde. Dabei ist sicherlich unstrittig, dass für einen Residenzort ein Grundbedarf an zentrumsnahen, attraktiven Stellplätzen besteht.

Wie bereits anfänglich ausgeführt, beeinflusst die Lage und Ausstattung einer Anlage wesentlich die Akzeptanz seitens der mobilen Gäste. Die Verwaltung erachtet es deshalb als vorteilhafter, auf die Schaffung von Stellplätzen auf dem Marktplatz zu verzichten. Das geringe Platzangebot und die auf dieser Fläche vorgesehen Nutzung (Wochenmarkt, Frühlings- und Herbstmarkt etc.) disqualifizieren den Bereich als dauerhaften Stellplatz. Als sinnvolle und kostengünstige Alternative wäre denkbar, die an der Mühlenstraße / Ecke Eichendorffstraße vorhandenen Stellplätze ggfls. zu attraktivieren, ersatzweise auch mit dem Inhaber des Bauernmuseums zu sprechen, inwieweit dort noch Veränderungsmöglichkeiten gesehen werden.

Alles in allem könnten touristische und ökonomische Interessen sinnvoll berücksichtigt und etwaige Kosten für die Gemeinde in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die erforderlichen Haushaltsmittel für Planungskosten werden in den Haushalt 2008 eingestellt.

Anlagen:

1. Antrag der CDU
2. Planungshilfe des DTV

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/099

freigegeben am 04.05.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Wahl, Kirsten

Datum: 04.05.2007

Ausbau des Meenheitsweges von der Wilhelmshavener Straße bis zur Einmündung Schlehenweg

Beratungsfolge:

Status

Ö
N

Datum

21.05.2007
05.06.2007

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Meenheitsweg wird mit einem Fuß-/Radweg von 1,50 m Breite und einer Fahrbahn von im Mittel 4,75 m ausgebaut. Durch Fahrbahnversätze werden die Voraussetzungen für eine 30 km – Zone geschaffen.

Der Beschluss und dessen straßenausbaubeitragsrechtliche Auswirkungen sind den Eigentümern in einer Eigentümerversammlung mitzuteilen.

Sach- und Rechtslage:

Die Straßenbauarbeiten für den Endausbau des Rotdornweges sind nun soweit abgeschlossen, dass im Sommer dieses Jahres mit dem Ausbau des Meenheitswegs begonnen werden soll. Zur Zeit sind noch drei freie Grundstücke im neuen Baugebiet verfügbar.

Im Verwaltungsausschuss vom 31.08.2004 (Vorlage Nr. 2004/192A) ist die Verwaltung beauftragt worden, den Anliegern des Meenheitswegs in einer Anliegerversammlung zwei Ausbauprodukten und die damit verbundenen Auswirkungen hinsichtlich des Straßenausbaubeitrages vorzustellen. Die Anliegerversammlung ist am 09.12.2004 durchgeführt worden. Als Ergebnis der Anliegerversammlung ist festzuhalten, dass es kein klares Votum für die eine oder andere Alternative gegeben hat. Einerseits begrüßen die Anwohner den niveaugleichen Ausbau, da hier ein Großteil der Bäume an der Nordseite erhalten bleiben kann, andererseits sehen sie bei diesem Ausbau eine Gefahr für die Fuß- und Radfahrer, da sie sich bei dieser Variante mit den Fahrzeugen die Fahrbahn teilen müssen.

Bei einem niveaugleichen Ausbau wünschen sich die Anwohner, dass dann der Meenheitsweg auf dem ausgebauten Teilstück als verkehrsberuhigter Wohnbereich beschildert wird.

Grundsätzlich hat der Landkreis seinerzeit hierfür signalisiert, dass er eine verkehrsbehördliche Anordnung hierfür erteilen würde. Jedoch hat er gleichzeitig mitgeteilt, dass er dann regelmäßig Geschwindigkeitskontrollen durchführen lassen wird, denn es wird bezweifelt, dass die Akzeptanz der Verkehrsteilnehmer vorhanden ist, die erlaubte Geschwindigkeit von 4 – 7 km/h einzuhalten.

Aus Sicht der Verwaltung gibt es zu den Varianten 1 und 2 (siehe Anlage) folgende Anmerkungen zu machen.

Aus Sicht der Anlieger gibt es mindestens zwei verständliche Hauptargumente. Zum einen sollen die Kosten möglichst gering für die bevorteilten Grundstückseigentümer ausfallen und zum anderen soll die Straße möglichst wenig „fremden“ Verkehr aufnehmen und dieser soll möglichst langsam fahren.

In 2004 wurden über jeweils 24 Stunden Verkehrszählungen am Meenheitsweg durchgeführt. Wenngleich der damalige Straßenzustand zu berücksichtigen ist, so sind die Daten jedoch für die weitere Planung aussagekräftig.

Verkehrszählung vom 26./27. Februar 2004		
Fahrzeugart	In %	Absolut
Zweiräder	36,9	66
Pkw	62,0	111
Transporter	1,1	2
Lkw	0	0
Lastzug	0	0
Gesamt	179	

Die V_{85} -Geschwindigkeit lag bei 26,55 km/h.

Verkehrszählung vom 11./12. Mai 2004		
Fahrzeugart	In %	Absolut
Zweiräder	18,9	82
Pkw	76,8	334
Transporter	3,0	13
Lkw	1,4	6
Lastzug	0	0
Gesamt	435	

Die V_{85} -Geschwindigkeit lag bei 35,62 km/h.

Aus diesen Zählungen ist erkennbar, dass ein relativ hoher Anteil an Zweirädern den Meenheitsweg nutzt. Es ist davon auszugehen, dass es sich überwiegend um schwächere Verkehrsteilnehmer handelt.

Bei den Pkw-Zahlen lässt sich ablesen, dass ein relativ hoher Anteil nicht Anwohner des Meenheitswegs sein dürfte. Aus diesem Grunde ist aus verkehrstechnischer Sicht eine Straße mit starkem innerörtlichem Verkehr zu planen. Der Bau eines verkehrsberuhigten Bereiches für den Meenheitsweg dürfte den tatsächlichen Fahrgewohnheiten aber auch dem Bedürfnis nach Durchleitung von Verkehren widersprechen.

Auf der Grundlage der damaligen Kostenschätzung wurde eine Vergleichsberechnung für die Straßenausbaubeiträge durchgeführt. Unterstellt man, dass ein verkehrsberuhigter Ausbau überwiegend Aufenthaltsfunktionen gerecht werden soll, so müsste die Straße als niveau-gleiche Mischfläche angesehen werden. Für diesen Fall wären 50 Prozent der Ausbaukosten der Straße zu tragen. Bei einem 600 m² großen Grundstück und einer zulässigen Bebauung mit einem Vollgeschoss würde ein Beitrag von ca. 3.800 € fällig werden.

Bei der Einstufung als Straße mit starkem innerörtlichen Verkehr würde bei gleichen Voraussetzungen ein Beitrag von ca. 3.200 € entstehen.

Neben dieser ausschließlichen beitragsrechtlichen Betrachtung ist aber im Rahmen der Planung insbesondere der verkehrliche Aspekt zu würdigen.

Ein Ausbau als verkehrsberuhigter Bereich würde nur dann dem Schutzbedürfnis der schwächeren Verkehrsteilnehmer gerecht werden, wenn eine Akzeptanz der zu fahrenden Geschwindigkeit zu erwarten ist. Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass insbesondere bei längeren Fahrtstrecken ab ca. 300 – 400 m die Akzeptanz nachlässt. Dem Schutzbedürfnis der schwächeren Verkehrsteilnehmer dürfte eher die Lösung in der dargestellten Variante 2 entsprechen, zumal Fahrradfahrer mit einem Alter von bis zu 10 Jahren ebenfalls den Gehweg nutzen dürfen bzw. müssen.

Zur Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit und zur Erreichung einer 30-km-Zone sind Fahrbahnversätze kein Widerspruch zu der obigen Darstellung, da bei den absolut gesehen relativ geringen Fahrzeugbelastungen der Begegnungsfall Pkw/Pkw oder Pkw/Lkw eher selten eintritt. Die Fahrbahnversätze werden so dimensioniert, dass der landwirtschaftliche Verkehr diese Strecke weiter nutzen kann.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen im Haushalt 2007 zur Verfügung.

Anlagen:

Anlage 1: Lagepläne

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2007/089

freigegeben am 18.04.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Rabijs, Jörn

Datum: 18.04.2007

Pflasterprogramm "Glatte Gehwege"

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

21.05.2007

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Das Projekt „Glatte Gehwege“ läuft seit einem Jahr. Von den in der Regel vier Arbeitern (2 befristet eingestellte Personen und 2 Ein Euro Jobs) wurden im Jahr 2006 folgende Straßen ausgebessert:

04/2006	Parkplatz Sophienstraße
04/2006	Buschweg
05/2006	Wagnerstraße
06/2006	Schumannstraße
06/2006	Beethovenstraße
06/2006	von-Weber-Straße
06/2006	Fußwegverbindungen Schule Kleibrok
06/2006	Waldstraße
06/2006	Am Hang
06/2006	Tonkuhlenstraße
06/2006	Ziegelstraße
06/2006	Schützenhofstraße Höhe Am Wiesenrand
07/2006	Farnweg
07/2006	Föhrenkamp
07/2006	Fuchsweg
07/2006	Bogenstraße
07/2006	Schilfweg
07/2006	Grasweg

08/2006	Hirschtoweg
09/2006	Südender Straße
09/2006	Hubertusstraße
10/2006	Carl-Rohde-Straße
10-11/2006	von-Humboldt-Straße
11/2006	Arndtstraße
12/2006	Teilstück Danziger Straße

Diese Straßen wurden im beiliegenden Lageplan in roter Farbe gekennzeichnet.

In diesem Jahr sollen folgende Straßen instand gesetzt werden:

03/2007	Schubertstraße / Bachstraße / Danziger Straße
04/2007	Danziger Straße / Goethestraße / Hebbelstraße / Raabestraße / Kleine Gasse / Friedrichstraße / Teile der Sophienstraße
ab 05/2007	Wilhelmshavener Straße (OD Hahn) / Mozartstraße / Lisztstraße / Haydnstraße / Händelstraße/ Lortzingstraße

Sommer `07 Elbestraße / Emsstraße / Allerstraße / Werrastraße

Im Rahmen der Straßenkontrollen des Bauhofs werden die vorhandenen Schäden gemeldet. Des Weiteren werden Hinweise von Anwohnern aufgenommen.

Daraufhin werden die Straßen durch den Fachbereich begutachtet und nach Dringlichkeit in den Ablaufplan eingefügt. Damit ein effektiver Arbeitsablauf ermöglicht wird, werden die angrenzenden Straßen ebenfalls mit bewertet und ggf. mit in den Ablaufplan eingefügt.

Die Pflasterkolonne wird flexibel eingesetzt. Größere Schäden, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen werden vorrangig behoben bzw. durch Fremdfirmen erledigt. Somit können sich jederzeit Änderungen im Ablaufplan ergeben.

Die derzeit noch zu sanierenden Straßen sind in der Karte grün dargestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. sanierte Straßen in 2006
2. zu sanierende Straßen in 2007